

Die Unentrinnbarkeit des Politischen

Über das Politische, die Macht und die Medien

"Der Krieger ist ein Wesen, das... immer auf der Grenze zwischen dem Erlaubten und dem Verbotenen, dem Üblichen und dem Außergewöhnlichen ist." (Georges Dumézil)

Die Koexistenz zwischen Fremden sichern

RM: Walter Seitter, sind sie ein Achtundsechziger? Hat die 68er Bewegung Sie in Ihrem Denken und Handeln irgendwie beeinflusst und/oder Ihr politisches Bewußtsein nachhaltig geprägt?

WS: Ich bin ein Einundvierziger, ich bin 1941 geboren. Das Jahr '68 hat mich berührt. So schwärmte am Ende meiner Studienzeit mein philosophischer Lehrer Max Müller, was ihm niemand vorher zugetraut hatte, plötzlich vom jungen Marx. Ich habe Adorno gelesen, Marcuse und Goldmann kennengelernt. Und in diesen Kreisen stieß ich schon 1968 auf die ersten Informationen über die französischen "Strukturalisten" - damit auch über die französische Version von '68, die mich mehr faszinierte als die deutsche - auch weil sie sich multipler präsentiert hat. Bei den Strukturalisten fand ich eine andere intellektuelle Taktik: eine paradoxe Kombination aus Begriffslust und Wahrnehmungsnähe. Dazu kam das Erlebnis, in Frankreich einen Staat und mit Paris eine Hauptstadt vorzufinden, was mein politisches Denken ebenso stark gebildet hat wie das Sehen, Hören und zum Teil auch Kennenlernen von Lévi-Strauss, Lacan und Foucault.

RM: Die Ereignisse von '68, die vielen öffentlichen Diskurse, Besetzungen, Sit-ins, die zur Politisierung der Gesellschaft geführt haben, müssen Sie doch sehr gefreut haben? Als Denker des Politischen hätten Sie eine solche Entwicklung zumindest tendenziell begrüßen müssen?

WS: Die Politisierung der Menschen, vor allem junger Menschen, entspricht durchaus meinem Begriff des Politischen, der nicht irgendeine Gewaltausübung von einer Machtzentrale aus meint - das Oikische, das Häusliche ist ja nicht das Politische. Die politische Machtausübung muß von möglichst vielen Akteuren ausgehen. In diesem Sinn hat die '68er Bewegung durchaus gewirkt.

RM: Zehn Jahre später haben Sie zwar mit einigen der linken professoralen Protagonisten von '68 und deren, wie Sie sagen, "konfessionellen Politik" abgerechnet, für die Subversion, für "schwarze Fahnen der Anarchie und Poesie" durchaus Sympathie gezeigt und für den Solitär, den Stadtindianer oder Partisanen Partei ergriffen.

WS: Meine kritisch-polemische Stellungnahme richtete sich gegen eine Homogenisierung des Politikverständnisses unter Leitbegriffe wie: "die" Gesellschaft, "die" gesellschaftliche Relevanz oder gar "der" Gang der Geschichte. Die Zusammenballung solcher, aus der Philosophie importierter Großbegriffe schien m. E. gegen ein Politikverständnis zu laufen, in dem es um die *Herstellung von Koexistenz zwischen Fremden* geht. Die Politik hat nicht die Aufgabe, schlechterdings Gemeinschaften oder gar Intimität oder Verschmelzung herzustellen. Dazu sind Vergemeinschaftungen wie Religion oder Familie da - wenn überhaupt. In der Politik müssen die Einzelnen und Gruppen gewissermaßen als Fremde bestehen bleiben dürfen. Die Kunst der Politik besteht darin, solche Koexistenzformen zu

erzeugen. Für mich waren daher die Rede von "der schwarzen Fahne der Anarchie" oder die Rede vom "Solitär" literarische Formulierungen für das Bleibendürfen des Fremden in der Politik.

RM: Kritiker bezichtigen Sie heute jungkonservativer "Rechtsstürmerei". So mancher tituliert Sie wegen des Publizierens von Texten in rechtsradikalen Zeitschriften wie der "Etappe" oder zweideutiger Aussagen in der Theoriezeitschrift "Tumult" als "intellektuellen Faschisten".

WS: Um darauf zu antworten, möchte ich ein paar Bemerkungen zu den Begriffen rechts/links vorausschicken. Die Begriffe rechts/links codieren seit 200 Jahren in Europa und darüber hinaus das Feld der politischen Einstellungen. Mit dieser Codierung, Resultat der französischen Revolution, kann man leben. In Formulierungen der politischen Anthropologie drücken die Begriffe rechts/links notwendige Positionen des Politischen aus. "*Rechts*" heißt, daß jedes Wesen regiert werden muß; "*links*" heißt, daß sich kein Wesen alles gefallen lassen muß. Beim Regierten muß jederzeit nicht nur mit der faktischen Möglichkeit, sondern auch mit der Rechtsmöglichkeit gerechnet werden, daß er sich gegen sein Regiertwerden wehrt, d.h. aufsteht oder wegläuft. Beide Positionen ergeben zusammengenommen eine mögliche Definition des Politischen, des Politischen als Problem *und* als Dilemma. Denn daß beide Positionen zueinander ein Dilemma bilden, macht meine Formulierung schon klar. In diesem Sinn gibt es rechte und linke Positionen im politischen Spektrum. Sie sind möglich *und* notwendig. Der Staatsbürger *muß* sich mehr oder weniger einer dieser Positionen zurechnen. Der Philosoph *kann* sich mit einer Position identifizieren, *muß* es aber *nicht*. Er kann versuchen, sie in ihrem Miteinander und Gegeneinander zu klären.

Wenn sich jetzt in meinen Äußerungen Formulierungen und Positionen finden, die eher der rechten Seite des politischen Spektrums zuneigen, dann geschieht das aus dem Gefühl heraus, daß in Deutschland ein einseitiges Manko besteht: es mangelt an Sinn für die spezifisch politische Menschenfassung, die eine "gegenstrebige Fügung" zu sein hat. Ungefähr 1000 Jahre lang war Deutschland als Imperium Romanum bestimmt, "überbestimmt" und damit hat es es vermieden, die "normale" europäische Entwicklung zum Nationalstaat mitzumachen. Im späten 19. Jahrhundert gab es dann einen Versuch der Nationalstaatwerdung, der zwischen 1933 und 1945 katastrophal gescheitert ist. Nur glaube ich, und ich beziehe mich da auf das Buch von Helmuth Plessner (*Die verspätete Nation*), daß die politische Selbstformung der Deutschen jetzt ansteht. Die Deutschen sollten dem bereits bei den europäischen Nachbarn vorliegenden Modell des Nationalstaates auch deswegen folgen, damit Deutschland formal gleichzieht mit seinen Nachbarn sowohl im Westen (Frankreich, Holland) wie im Osten (Polen, Tschechien). Die Anpassung Deutschlands an die europäischen Nachbarn, die Selbstformung der Deutschen steht jetzt an. Politische Formbildung ist ein anthropologisches Postulat und dieses Postulat läßt sich ideologisch dem Begriff *rechts* annähern, insofern es um die Ausbildung von Formelementen geht, die etwas anderes sind als die "Leute". Es geht um Formelemente, die gegenüber den lebenden Leuten so etwas wie "Dritt-Mächte" darstellen: um *transindividuelle, ja transsoziale Instanzen*, die man vorläufig unter dem Begriff des Symbolischen subsumieren kann. Diese Formgebung muß, damit sie eine politische bleibt, immer mit dem anderen Postulat der selbständigen Individuen (oder Gruppen) vereinbar sein. Es kann sich mithin nicht um eine totale Vergemeinschaftung handeln, sondern um eine *Formbildung zwischen Fremden*. Die Formlosigkeit als politische Tugend zu preisen ist ein deutscher Fehler. Andere europäische Länder leiden nicht an dieser Schwäche. Sie sind entweder Republik, Königreich oder Eidgenossenschaft und legen großen Wert auf diese ihre Fassung. Der Prozeß der europäischen Integration, der die Nationalstaaten überwölbt, läßt das Postulat der deutschen Nationalstaatwerdung eher harmlos erscheinen, weil sie sich simultan zu diesem übergreifenden, imperialen Integrationsprozeß abspielen

könnte, sollte. Das Motiv der Nationalität wäre da nur *ein* Integrationselement. Politisch erträgliche Nationalstaaten sind ja nie reine oder hundertprozentige Nationalstaaten (solche könnten in der Tat nur totalitär sein).

Um noch einmal auf Ihre Frage zurückzukommen. Es mag also durchaus sein, daß ich rechte Positionen einnehme. Wogegen ich mich aber verwahre ist, daß die Begriffe rechts/links in kriminalisierender Weise verwendet werden, also die Rechten immer als Nazis und die Linken immer als Bolschewisten beschimpft werden. Diese Verwendung (Verzerrung, Zerstörung) des politischen Codes scheint mir nicht nur intellektuell, sondern auch politisch gefährlich zu sein. Es wird damit ein Element der politischen Zivilisation zerbröselt.

RM: Meint Formgebung auch multikulturelle Gesellschaft? Und wie korrespondiert Ihr Begriff des Regiertwerdenmüssens mit Foucaults Begriff der Selbstregierung, also der "Kunst nicht auf diese Weise und um diesen Preis regiert zu werden", aber auch der kritischen Haltung, die bekanntermaßen ausdrücklich im "Immanenzfeld der reinen Singularitäten" operiert.

WS: Politische Integration ist etwas anderes als eine biologische Vergemeinschaftung. Eine politische Integration braucht zwar einen Minimalkanon von Gemeinsamkeit. Nur darf er nicht, weil er ein politischer sein muß, so umfassend sein, daß er die gesamte Kultur aller Staatsbürger bilden könnte. Einzelne Staatsbürgergruppen, regionaler oder sonstiger Art, können, wenn sie mögen, Spezialgemeinschaften bilden. In diesem Sinn ist Multikulturalität vereinbar mit dem, was ich sage: Politik ist die Koexistenzform zwischen unterschiedenen Wesen: Individuen (Gruppen), die zwar regiert werden müssen (das Regiert-Werden-Müssen ergibt sich - laut Foucault - aus der Insistenz der Kräfteverhältnisse), die aber das Recht oder vielmehr die Pflicht haben, Art und Maß ihres Regiertwerdens selber mitzubestimmen. Sie haben die Aufgabe, nur eine "gute Regierung" zuzulassen - auch indem sie es der Regierung unmöglich machen, "allmächtig" zu sein. Das Problem bei den Menschen ist der Drang zur Allmacht. "Man" möchte allmächtig sein. Doch niemand hat allmächtig zu sein: keine Obrigkeit, kein Individuum, keine Theorie. Auch nicht "die" Gesellschaft. Politik hat "neben" der Gesellschaft, "zusätzlich zu" den Menschen, Machtinstanzen zu installieren, um den Menschen klarzumachen, daß es "ohnehin" Nebenmächte gibt. Dieses "Ohnehin" muß zusätzlich installiert werden: durch Formelemente, die national oder imperial, kosmisch oder historisch motiviert-interpretiert sein mögen. Eine "gute Regierung" ist eine, die das Kunststück fertigbringt, eine derartige Symbolformleistung zu erbringen und "trotzdem" auf Allmacht zu verzichten und die Unterscheidung von Recht und Unrecht zuzulassen. Der Begriff der guten Regierung ist in sich ebenso dilemmatisch wie der weitere Begriff des Politischen, der das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten betrifft. Die Alternative zum Dilemmatischen ist die Endlösung.

Formgebung und Formfindung als solche

RM: Nationalstaatliche Formgebungen haben aber schon mehrmals in die Katastrophe geführt, ein allgegenwärtiges europäisches Trauma. Beispielsweise wollen Serben, Kroaten oder Bosniaken sich derzeit auch eine Form geben. Sie greifen dabei auf verflissene Mythen zurück und mißachten und verhindern dadurch auf gröblichste Art, nämlich blutig, gewalttätig und grausam, die Formgebung aller anderen.

WS: Wenn eine Formgebung alle anderen unterbindet, arbeitet sie tendenziell gerade gegen Formgebung an. Das Formmonopol *entformt*, das Politikmonopol *entpolitisiert*. Im übrigen ist der Nationalstaat geographisch-historisch überhaupt nicht die einzige Formmöglichkeit des

Politischen. Auch philosophisch nicht. Es hat politische Strukturen gegeben, die auf ganz anderen Integrationsmotiven aufgebaut waren, etwa auf dynastischen, religiösen oder modern-ideologischen (Sowjetunion). Ich insistiere *philosophisch* auf der Formgebung als solcher - und nicht auf der kontingenten Form des Nationalstaats.

Mit der Erfindung und Bewährung neuer Formgebungen tut sich die Gegenwart ziemlich schwer. Deswegen ist die Form des Nationalstaates immer noch von einer kaum gebrochenen Virulenz. Die Erfahrungen damit sind nicht nur negativ. Nationalstaaten wie Spanien, Frankreich, Niederlande oder Dänemark sind zwar auch mit Blut und Tränen geschrieben worden. Ohne Blut und Tränen ist es vielleicht nirgendwo abgegangen. Aber die globale Bilanz der Nationalstaatsbildung kann in vielen europäischen Ländern als eher positiv bezeichnet werden. Gewiß kann man mit Nationalismus auch katastrophale Politik machen: das kann man aber auch mit Sozialismus oder mit monarchischem Absolutismus. Was ich sage ist: daß die Menschen eine politische Existenz führen müssen und daß sie dazu derartige - auf den ersten Blick vielleicht irrationale - Formelemente installieren müssen.

Das Sonderphänomen sind die Deutschen. Sie sind in eine Art von Formlosigkeit verliebt und verschließen sich den Notwendigkeiten der politischen Existenz. Wären die Deutschen noch genialer als sie es ohnehin sind, könnten sie, um die Form des Nationalstaates tatsächlich zu überholen, aus dem Stegreif eine andersartige politische Form erfinden. Nur können sie das nicht, weil sie wenig Willen zur politischen Form haben. Meine jahrelange Beschäftigung mit der Geschichtsdichtung des 13. Jahrhunderts hat mir gezeigt, daß es sich da um eine hartnäckige deutsche Besonderheit handelt, die schon seinerzeit thematisiert-analysiert worden ist.

RM: In Deutschland gibt es aufgrund der negativen Erfahrungen dieses Jahrhunderts Versuche, Formgebung mithilfe von Verfahrensregeln zu lösen und zu sichern. Stichwort Luhmann: Legitimation durch Verfahren; Stichwort Habermas: Verfassungspatriotismus. Ist das nicht genial?

WS: Unter politischer Formgebung verstehe ich eine Architektur, bei der formale Verfahren die größte Rolle spielen. Auf der rein juridischen Ebene wurde die Bundesrepublik Deutschland als Staat schon etabliert - und zwar von den Besatzungsmächten. Die Installierung und Hochhaltung einer Verfassung haben da einen hohen Stellenwert. Merkwürdigerweise haben die Deutschen das Grundgesetz jetzt nicht in "Verfassung" umbenannt, obwohl das Grundgesetz sie dazu anhält. Es gibt aber auch eine "magische" Seite der Souveränität - und deren Ausbildung kann man sich jetzt - nach 1989 - eigentlich nicht mehr sparen. Man versucht es aber hartnäckig. Um es an einem Beispiel zu illustrieren. Als den Westdeutschen die Wiedervereinigung von den Ostdeutschen sozusagen aufgezwungen wurde, sind die Bonner nicht über ihren Schatten gesprungen und sofort nach Berlin umgezogen. Anstatt durch den geographischen Umzug ein ästhetisches Signal zu setzen und zu dokumentieren, daß nicht nur die DDR, sondern auch der Bonner Staat "untergegangen" ist, hat die Kraft und der Wille zur Gründung eines neuen Staates gefehlt. Dieses "Sterben" wäre ein deutliches Symptom gewesen, daß man zur Formgebung auch im Sinne von Symbolsetzung fähig gewesen wäre. Und dieser Wille zur Gründung und Setzung, der in der deutschen Philosophie die allergrößte Rolle spielt, ist bei den Deutschen, wenn es um politische Selbstfassung geht, äußerst schwach entwickelt. Dabei hätte dieser ästhetische Staatsstreich die Möglichkeit geboten, bei aller Wahrung der verfassungsrechtlichen Form, etwas als Akt und als bleibendes Symbol zu setzen, was zu einem Staat gehört, nämlich Hauptstadt.

RM: Was mich erstaunt ist, daß Sie als Liebhaber der französischen Philosophie für molare Strukturen und Quasi-Kollektivkörper eintreten und das Molekulare des Politischen - in Ihrem Buch "Menschenfassungen" vor zehn Jahren haben Sie beispielsweise häufig Deleuze/Guattari zu Zeugen gemacht - das Strömen und Drängen zum Formlosen negieren. Wie kommt es, daß Sie jetzt, anstatt solche Einheiten zu dekonstruieren, sie zu unterbrechen und aufzulösen - ich denke hier auch wieder an Foucault - für die Setzung und Gründung machtvoller Körper und Imperien eintreten?

WS: Unter politischer Formgebung verstehe ich keinen vollen Körper, sondern eine Architektur - und die ist gerade nicht ein "voller" Körper, sondern im Gegenteil eine Konstruktion aus vielen - gleichartigen und ungleichartigen - Elementen mit viel Leere, mit viel Luft, mit Bewegungsraum für andere. Architektur ist wesentlich - trotz derartigen Versuchen - nicht "Monarchitektur". Jede architektonische Konstruktion enthält notwendigerweise Dekonstruktionswirklichkeiten und -möglichkeiten. Das gilt erst recht für politische Konstruktionen - wenn sie von ihren Leuten großzügig, "luftig" angelegt werden.

RM: Seit dem Zerfall der kommunistischen Ideologie und dem damit sichtbar gewordenen Legitimationsschwund der linken intellektuellen Klasse wird ein politischer Kampf um die kulturelle Macht angezettelt. Vor allem von Seiten rechter Assoziationen wird behauptet, daß sich im Zuge des 68er Denkens vor allem in und durch die Medien ein linksliberaler Hegemonialdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland etabliert hätte, der bestimmte Themen, Erfahrungen und Gefühle aus dem öffentlichen Bewußtsein ausgegrenzt und verdrängt hätte.

Ist diese Beobachtung richtig? Hat sich ein linkes Medienkartell gebildet, welches über Medien, Universitäten, Kulturbetrieb und Politik eine kulturelle und gesellschaftliche Hegemonie in Deutschland ausübt?

WS: Ich würde der Beschreibung zustimmen, sie aber nicht überdramatisieren. Es handelt sich nicht um die Etablierung totaler Monopolmachtstellungen, sondern um Hin- und Herbewegungen, die sich meiner Ansicht nach im Rahmen des Erträglichen halten. Die Tatsache, daß sich rechte Stimmen wieder Gehör verschaffen, halte ich für überhaupt nicht beunruhigend. Jedoch würde ich unterscheiden zwischen Stimmen, denen ich jede politische Erwünschtheit absprechen muß und anderen, die im politischen Spektrum ohne weiteres eine größere Rolle spielen sollen. Was die extremen Sekten betrifft, so meine ich, daß jede Gesellschaft 5-10% politische Sektenanhänger ertragen kann unter zwei Voraussetzungen: Erstens wenn in einer Gesellschaft der Hausverstand oben auf ist; und wenn zweitens sich eine politische Struktur ausgebildet hat, die auf die Mehrheit der Gesellschaft eine hinreichende *Attraktivität* ausübt. Unter diesen Bedingungen sind 10, meinetwegen auch 15% radikale Sektenanhänger (z.B. nationalsozialistische, kommunistische) erträglich. Ich meine damit Leute, die auf diktatorische (monolithische) Regierungsformen hinarbeiten. Wenn die linke Intellektuellenmacht jede nichtlinke Regung als "rechts" im Sinne von "faschistisch-nazistisch" bezeichnet, bewegt sie sich allerdings tatsächlich auf der monolithischen Schiene.

RM: Gegenwärtig nimmt diese "neue Rechte" unter Berufung auf den italienischen Marxisten Gramsci den Kulturkampf auf und versucht "die Linke buchstäblich mit ihren eigenen Waffen zu schlagen", indem sie "sie auf ihrem ureigensten Territorium, dem der kulturellen Produktion", anzugreifen versucht. Allerdings entbehren solche öffentlichen Attacken nicht einer gewissen Komik, da es dazu einer "rechten Kultur" und einer rechten Theorie bedürfte, die sich auf der Höhe der Zeit bewegt. Nur ist die "Idee einer rechten Kultur", von der die Rechten sprechen, nirgendwo in Sicht.

WS: Das Fehlen einer "rechten" Theorie mag in der Tat zur bleibenden Verfestigung einer gewissen linken Kulturhegemonie beitragen, die es ja auch versteht, "rechte" Theorieelemente (z.B. von Carl Schmitt) aufzugreifen und sich anzueignen. Trotzdem bleibe ich gegenüber dem Postulat "rechter" Theorieentwürfe skeptisch. Denn ich mißtraue der Theorieform grundsätzlich, weil sie mir eine Strategie diskursiver Allmachtsphantasie zu sein scheint. In der Philosophie und in anderen Wissenschaften hat es immer wieder hervorragende intellektuelle Leistungen gegeben, die nicht in der Form der Theorie, sondern in der Form der Analytik aufgetreten sind (Beispiele: Sokrates, Wittgenstein, Foucault). Die Kunst der Analytik vereint scharfe Beobachtung und scharfe Formulierung.

Und die Pariser Philosophieblüte der Nachkriegszeit erscheint mir gerade deswegen beispielhaft, weil da unterschiedliche Positionen zusammengewirkt haben. Politisch links stehende Autoren (Althusser, Guattari), politisch eher neutrale (Lévi-Strauss, Lacan) und politisch rechts stehende (Dumézil, Ariès) haben zu einer reichen Produktion und Diskussion zusammengewirkt. Ein derartiges Klima impliziert auch, daß sich die Begabungen nicht durch Kriminalisierung gegenseitig ausblenden.

Ein besonders eklatanter Fall einer Befruchtung zwischen sehr unterschiedlichen Positionen und Temperamenten ist das Verhältnis zwischen dem Philosophen Michel Foucault und dem wesentlich älteren Mythologen Georges Dumézil, der einer aristokratisch-monarchischen Politikauffassung nahestand. Wie erst seit kurzem klar sichtbar ist, hat seine Methodik stark auf Foucault eingewirkt. In seinen letzten Lebensjahren mußte er aber erleben, daß das nicht sein "durfte". Er wurde - wahrheitswidrig - der Sympathie mit den Nationalsozialisten beschuldigt und somit tendenziell "exkommuniziert".

Ich selber bin durch die Dumézil-Lektüre dazu gelangt, gewisse Aspekte des Werkes von Foucault - Insistieren auf der Realität des Diskurses, Krieg als Modell der Analytik, Unausweichlichkeit des Regierens - als Problemeröffnungen zu sehen, die über eine schlicht liberal-anarchistische Perspektive hinausgehen.

Anstatt eine sogenannte "rechte" Theorie herbeizuwünschen, halte ich es für wünschenswert, daß in der historischen und philosophischen Forschung und Diskussion heterogene Gesichtspunkte untersucht werden - auch wenn sie angeblich oder wirklich sogenannten "rechten" Positionen näherstehen. Dazu gehört vielleicht die Behauptung von der Unvermeidlichkeit politischer Formgebung.

Das Politische ist ein anthropologisches Existential

RM: In vielen Texten polemisieren Sie gegen Entpolitisierer, die Sie hauptsächlich in Frankfurt verorten. Warum eigentlich? Gerade den Kommunikationsphilosophen geht es doch um Politisierung, um die Politisierung der Gesellschaft und ihrer Öffentlichkeiten, um öffentliche Kontrolle, Belagerung und Intervention.

WS: Die Frankfurter Philosophen haben in der Phase der Konflikttheorie sehr wohl zur Politisierung beigetragen. Aber schon damals haben sie den Begriff der "Gesellschaft" zum obersten Kriterium ihrer theoretischen und praktischen Perspektiven gemacht. Deswegen konnten sie sich im Lauf der Zeit zum anderen Extrem hinüberentwickeln: zur Konsenstheorie. Der *dernier cri* der heutigen deutschen soziologischen Theoriedebatte ist das Postulat, daß heute - ausgerechnet heute! - "die Gesellschaft zu sich komme". Da kommt die Konsenstheorie gerade recht, die ja eine "nachmetaphysische Wahrheitstheorie" sein will. In der Praxis heißt das: wenn irgendeine hundertprozentige Gemeinschaft, sei es die "deutsche

Volksgemeinschaft" (DR) oder die "sozialistische Menschengemeinschaft" (DDR) irgendwas beschließt, dann ist es so. Der Konsensualismus ist ein entfesselter Dezisionismus.

Demgegenüber behaupte ich, daß das Politische eine Dimension auftritt, in der es heterogene Elemente gibt, die nicht allesamt einer empirischen Allmacht unterworfen sein können. Zu diesen Elementen gehören auch menschengemachte - wie eine Verfassung.

Die Verfassung ist ein Text, der fünfhundert oder fünf Jahre alt ist und mit einer gewissen Unveränderlichkeit ausgestattet ist. Sie gehört bereits auf die Seite des Nichtmenschlichen, Nichtlebenden, Toten, Vergangenen, Ästhetischen, Steinernen - alles Dinge, auf denen ich insistiere. Zur Politik gehört die menschliche Erfindung, Hervorbringung und Aufstellung von Wesen aus Papier oder Stein. Wesen, die Instanzen sind, mit Macht ausgestattet sind. Nicht mit Allmacht, wohl aber mit Gegenmacht. Dieses Wissen um die Notwendigkeit der Aufstellung nichtmenschlicher Wesen müßte besonders in Deutschland entwickelt werden.

RM: Was verstehen Sie unter "dem Politischen"? Welchen Begriff des Politischen haben Sie im Auge? Wo würden Sie ihn lokalisieren und aus welchen Komponenten setzt er sich zusammen?

WS: Der Begriff des Politischen muß etwas Zusammengesetztes sein, weil das Politische selbst etwas Zusammengesetztes ist. Eine Dimension ist das *Dilemma zwischen Regierungs- und Aufstandsnotwendigkeit*. Beides sind Notwendigkeiten. Die zweite Dimension des Politischen zielt in eine Richtung, die ich vorhin schon angedeutet habe. Politik ist nicht nur die Auseinandersetzung zwischen Menschen, sondern vor allem auch die *Auseinandersetzung zwischen Lebenden und Nichtlebenden*. Mit letzteren meine ich die Toten und die noch nicht Geborenen. Damit hat es die Politik mit mehr zu tun als mit dem, wovon die Soziologen professionell sprechen. Für die Politik sind die Toten nicht nur als Vergangenheit, als ehemalige Gesellschaft real, für die Politik sind die Toten immer präsent und wirksam, z. B. die sog. "Verfassungsväter". Damit überschreite ich den bekannten Horizont des Menschen und ich muß auch das Papier, das Papier als Material, das Nicht-Menschliche, ins Feld des Politischen miteinbeziehen. Über das Papier geht es zu den Steinen, zur Architektur, zum Territorium. Das Land als solches existiert in der Soziologie nicht. Unter dem Land verstehe ich die Bäume, die Flüsse, die Wolken, auch das, was über den Wolken ist. Einmal zielt mein Begriff des Politischen in Richtung des Medialen, sodann in Richtung Natur, also das, was man gemeinhin heute Ökologie nennt. Früher hatte es die Politik mit Religion und Theologie zu tun, mit Kosmologie, mit Sternen, Kometen etc. Auch diese nichtmenschlichen Realitäten gehören ins Feld des Politischen. Jetzt nähere ich mich bereits einer sehr weitreichenden Bestimmung des Politischen. Ich sage: Das Politische hat es auch mit der *Auseinandersetzung zwischen Menschen und Nicht-Menschen* zu tun. Medialität und Kosmologie formieren die Probleme des Territoriums oder der Hauptstadt. Namen wie Deutschland oder Berlin beziehen sich auf Kosmisches, gehören aber selber zu den "Medien". Der Name ist "toter Buchstabe", wie Paulus sagt. Das Tote, das Anorganische kommt zum Humanum hinzu.

Die *Humanismuskritik* der frühen Strukturalisten stammt sicher auch davon. Die Franzosen haben für diese inhumanen Realitäten immer einen Sinn gehabt. Inhuman heißt dabei nicht böse, inhuman heißt nichtmenschlich. In diesem Sinn setze ich mich von der Soziologie ab.

Natürlich wird dieses von mir jetzt abgesteckte Feld nicht allein von der Politik bzw. Politikwissenschaft beackert. Vieles davon ist auch Spezialobjekt der Ökonomie, der Physik, der Chemie, der Medizin. Nur durchquert die Politik dieses Feld unter einem anderen Aspekt. Beispielsweise fordert Michel Serres in seinem Buch: *Le droit naturel* (Paris 1990, dt. 1993)

explizit politische Verhältnisse mit der Natur. Politisch sind diese Verhältnisse aber auch im Sinne meiner ersten Definition: Wer regiert wen? Sie trifft auch für die Beziehung Mensch-Stern zu. Neben den Toten, den Medien, den physischen Elementen gibt es noch eine Machtinstanz, die zwar an menschliche Mächtschaften (Aussagen) gebunden ist und doch eine eigene Mächtigkeit besitzt. Das ist die Wahrheit - natürlich nicht die konsensuell kreierte Wahrheit. Es stimmt, daß wissenschaftlich alle Aussagen diskutabel bleiben. Aber auch das setzt voraus, daß wahre Aussagen möglich sind. Wenn es wahr ist, daß in Auschwitz das geschehen ist, was man sagt, daß geschehen sei, dann ist und bleibt das wahr. Ein "Revisionismus", der über die wissenschaftliche Prüfungsforderung hinausgeht, ist nur eine weitere Form des humanistischen Allmachtspostulates. Die Toten, die Medien, der Kosmos, die Wahrheit - das sind transindividuelle, zum Teil sogar transhumane Mächte, die von der Politik zu "berücksichtigen" sind. Und diese "Berücksichtigung" vollzieht sich als Installierung symbolischer oder "magischer" Formelemente (Grenzen, Namen, Gründungen, Revolutionen, Geschichten, Verfassungen, Denkmäler)

RM: Und das Unpolitische - was verstehen Sie darunter?

WS: Unpolitisch nenne ich Leute bzw. Behauptungen, die wesentliche Dimensionen des Politischen unter den Tisch fallen lassen.

RM: Kann denn das Unpolitische nicht auch als aktive Widerstandsform gegen die Zumutungen des Politischen entziffert werden? In gewagter Umkehrung ließe sich das Unpolitische, die Fluchtlinien des Konsums, des Hedonismus als Herausforderung des Politischen lesen, mithin als explizite Politisierung. Entpolitisierung (Apathie, Indifferenz, Neutralisierung von Leidenschaften) stünde demzufolge nicht jenseits, sondern diesseits des Politischen.

WS: Daß Verhaltensweisen, die unpolitisch (oder gar antipolitisch) gemeint sind, sehr wohl auch politisch wirken (sei es als Verzicht auf Mitwirkung, sei es als Entwicklung neuer politischer Taktiken), spricht gerade für meine Behauptung: Das Politische ist ein anthropologisches Existential und - als Faktizitätsinstanz - nicht in unser Belieben gestellt. Wir werden sowieso regiert, entweder mehr von den anderen, oder mehr von uns. Wie existieren unvermeidlicherweise politisch. Das Politische kann man nicht einfach abschaffen. Es gibt eine Unentrinnbarkeit des Politischen. Meine Rede von den "Unpolitischen" ist da vielleicht etwas unklar oder gar widersprüchlich. Ich glaube aber, daß sie auf faktische Widersprüchlichkeiten verweist, die man zur Kenntnis nehmen muß, die einen aber nicht davon abhalten müssen, etwas dagegen zu sagen.

RM: Gibt es denn überhaupt noch diese herausragende Stellung des Politischen im gesellschaftlichen System, mithin seine Autonomie? Ist das Politische nicht bereits viel zu sehr von den anderen Systemen überlagert und mit ihnen amalgamiert (Technik, Ökonomie, Medien), so daß seine "reine Form" im Spiel der flottierenden Zeichen und ihrer Verweisungen gar nicht mehr ausfindig zu machen ist?

WS: Sie formulieren da eine Ansicht, die seit dem frühen 19. Jahrhundert häufig programmatisch vertreten wird, z. B. bei Auguste Comte: Ersetzung von Herrschaft über Menschen durch Verwaltung von Sachen. Und es ist nicht nur eine Ansicht. Die Ökonomie hat tatsächlich - hauptsächlich in der Form der kapitalistischen Wirtschaft - eine überwältigende Mächtigkeit erlangt. Diese Mächtigkeit hat aber auch spezifisch politische Wirkungen, Wirklichkeiten gezeitigt: also politische Effekte von "Entpolitisierung". Zu

diesen neuen politischen Wirklichkeiten gehören auch rein politische Alternativen: etwa Parlamentarismus oder Diktatur. Allerdings erscheint der politische Spielraum bedroht.

RM: Und speziell die Technik? Führen die modernen Technologien wirklich zu "Neutralisierung und Entpolitisierung"? Schaffen sie nicht vielmehr ein neues imperiales Zeitalter, eine Art Römisches Weltreich oder "Weltstaat" ohne Herrscher, universal und regelgeleitet durch die Netzwerke der Technik, in der Staaten, Nationen oder Institutionen keine Bedeutung mehr haben (Ende der Staatlichkeit, der Politik, der Demokratie)? Ist die Technik somit nicht hochpolitisch, insofern sie neue Mächte, neue Klassen erzeugt, solche Leute, die Zugang zu ihr haben und damit Macht, und andere, die davon ausgeschlossen sind?

WS: Daß mittel- oder langfristig die Form des Nationalstaates oder die allgemeinere Form traditioneller Staatlichkeit verschwindet, ist möglich - würde aber noch nicht unbedingt das Ende der politischen Formgebung bedeuten, sofern andere Formen auf den Plan treten. Was Sie als Möglichkeit skizzieren, geht tatsächlich darüber hinaus, indem Sie einen Zustand ohne politische Institutionen und Alternativen andeuten. Trotzdem "gelingt" es Ihrer Rede nicht, den ins Auge gefaßten Zustand hundertprozentig "rein" zu formulieren. Nicht nur lehnen Sie sich an tradierte politische Formen und sogar Namen an - das mag eine rein sprachliche Unvermeidlichkeit "des Politischen" sein. Darüber hinaus betonen Sie - wie ich glaube zu recht - daß auch und gerade institutionell entpolitisierte Verhältnisse Machtverhältnisse, ja krasse Machtverhältnisse, und folglich "hochpolitisch" sind. Eine solche Rede "stört" ansatzweise die vorausgesetzte gelungene Entpolitisierung, indem sie ihr nicht aus Jux sondern wahrheitsgemäß, wahrnehmungsgemäß auf den Kopf zusagt, daß sie doch politisch ist: faktische Unentrinnbarkeit des Politischen. Eine derartige Rede ist eine vielleicht minimale Gegenmacht gegen eine "gelungene" Entpolitisierung - ihre Bezugsinstanz ist eine transsoziale Wahrheit. Weil eine derartige "gelungene" Entpolitisierung die Politik doch nicht abschafft, mit hoher Wahrscheinlichkeit aber zu einer schlechten Politik führt, betone ich nicht nur die Unentrinnbarkeit des Politischen, sondern spreche auch von den Bedingungen seiner institutionellen Aufrechterhaltung (Formgebung), welche sich derzeit vielleicht in einer nicht nur deutschen Krise befindet.

RM: Wie soll, wie kann das politische System - wechseln wir auf die Luhmannsche Begrifflichkeit - seine zentrale Stellung wiederfinden, wenn es sich einerseits gegen die opportunistischen Zugriffe aller übrigen Funktionssysteme behaupten muß, andererseits aber seine relative Autonomie nicht gegen, sondern nur wegen der Autonomie der anderen Funktionssysteme durchsetzen kann, und demzufolge jegliches Zentrum oder Spitze zur Steuerung des Gesamtsystems fehlt?

WS: Vor kurzem hat Luhmann gemeint, daß die Politik nur dann wieder an Wirkungsmacht gewinnen könnte, wenn sie eine Alternativik entwickeln könnte, die an vom Wirtschaftssystem geschaffene Differenzen anschließt. So habe die Politik des 19. Jahrhunderts den Gegensatz Kapital-Arbeit übernommen und artikuliert. Heute sei dieser Gegensatz nicht mehr politisierbar. Industrie und Arbeit würden eher eine gemeinsame Partei brauchen. Aber gegen wen? Gegen das Finanzkapital? Das wäre dann eine ökonomische Opposition. Oder gegen nichtökonomische Interessen? Luhmann kommt da zu keiner Antwort. Aber er schwankt zwischen einer absoluten Primatisierung der Ökonomie und der Einsicht, daß die Wirtschaft sehr wohl "politisch-rechtliche Vorgaben benötige".

Luhmanns Begriff der "Ausdifferenzierung von Subsystemen" führt mich zu einem anderen schon einmal erwähnten Autor. Diese Ausdifferenzierung ist nämlich gar nicht eine spezifisch

moderne Errungenschaft. Sie hat vielmehr eine massive und weitgestreute vormoderne Existenz. In den von Dumézil erforschten frühen indogermanischen Kulturen gab es die Gliederung der Funktionen Souveränität, Krieg, Fruchtbarkeit. Der Bereich der Fruchtbarkeit, zu dem die Wirtschaft gehörte, hatte seine relative Autonomie. Desgleichen der Bereich des Krieges. Die Souveränität hatte den Primat - und sie war gespalten: in die Funktion der priesterlichen Orientierung und in die Funktion der Rechtspflege. Sie war also magisch *und* juristisch. Gegen die "Versuchung" der Souveränität, ihren Primat zu einer totalen Kontrolle auszubauen, konnte die Fruchtbarkeit manchmal erfolgreich ankämpfen, da sie ja die Subsistenzmittel hatte. Noch erfolgreicher konnte das die Kriegerfunktion, da sie den Nachwuchs zu riskanten Aufstands- und Sezessionsbewegungen animieren konnte. Das Politische in unserem Sinn liegt da nicht nur im Bereich der Souveränität, vor allem der juristischen, sondern auch bei den Kriegern, für die die Ansammlung von Reichtum nicht oberste Maxime ist.

Ich glaube, Luhmann hat recht, wenn er sagt, daß die Politik die ökonomischen Probleme nicht ignorieren, daher auch nicht einfach beliebig manövrieren kann. Das haben ja unsere Kommunisten versucht. Sie muß aber die ökonomischen Probleme relativieren können. Ja sie muß die *gesellschaftliche Wirtschaftsmacht* und das noch *gesellschaftlichere Wirtschaftsbegehren* limitieren. Dazu muß sie auch *transökonomische* Perspektiven haben. Die Verabsolutierung des Ökonomischen ist eine Sackgasse. Die Stärkung der Politik als Instanz ist zwar kein Rezept, wohl aber eine Richtungsangabe. Übrigens gibt es im historischen Sozialismus auch Ideen in dieser Richtung.

Die PriesterMacht kehrt wieder

RM: In welcher Beziehung stehen die Macht und Öffentlichkeit zueinander und welche Funktion erfüllt der Öffentlichkeitsbegriff im Feld des Politischen? Bedeutet Öffentlichkeit hauptsächlich Machtkontrolle im Sinne von Habermas; oder Machtverstärkung im Sinne Macchiavellis, Schmitts?

WS: Unter Öffentlichkeit verstehe ich die Koexistenz verschiedener Mächte, Über-mächte, Mindermächte, auch gleichstarker Mächte. Hinzu kommt der Aspekt der Sichtbarkeit der Mächte füreinander. Somit beinhaltet der Begriff von Öffentlichkeit ein Moment von Ästhetik im Sinne von Wahrnehmungsfähigkeit, Wahrnehmungsinteressen, Wahrnehmungswünschen. Zeigen-Verhüllen, Sichtbarkeit-Unsichtbarkeit, Simulieren-Dissimulieren - darum dreht sich der engere Begriff von Öffentlichkeit.

Die Machtverhältnisse bzw. Machtgefälle beeinflussen wesentlich die Sichtverhältnisse und die Sichtgefälle. Entsprechend unterschiedlicher Agenden streben die Mächte Publizität oder Geheimhaltung an. Sie können aber nie ganz sicher sein, daß sie die von ihnen angestrebte Sichtverteilung auf Dauer durchsetzen können. Die Gegenmächte haben Gegensichten zu entwickeln. Solange es sie gibt und damit es sie gibt, haben sie ihren Wahrnehmungsmut auch mit Technologien zu bestücken. Techniken sind ja nicht unbedingt das Monopol der Zentralmacht. Andererseits trete ich für deren formelle Auskristallisierung ein, damit ihr der Weg des Verschwindens in die Unsichtbarkeit abgeschnitten wird.

RM: Was bedeutet es für diesen Öffentlichkeitsbegriff, wenn Wahrnehmungsfähigkeit und Wahrnehmungsinteresse von elektronischen Medien okkupiert werden, und das Politische, wie gegenwärtig zu beobachten, in die medialen Kanäle abwandert und dort von medial-technischen Dispositiven neu konstruiert wird?

WS: Medien sind überhaupt nichts Neues. Erkenntnisverhältnisse unter und zwischen den Menschen und anderen Wesen vollziehen sich über natürliche und künstliche Zwischenelemente. Beispielsweise ist die Sprache ein solches künstliches Elementarmedium. Bilderzeugung und Bilderausstrahlung ist eine weitere Dimension von Medialität. Architektur eine dritte, wenn man will. So gesehen haben die Menschen immer medial koexistiert. Auch die Politik mußte immer medial gemanagt werden. In alten Kulturen waren die professionellen Medienleute die Priester. Sie hatten die permanente und großräumige Erzeugung und Ausstrahlung von Schrift, Bild und Ton in der Hand, während die Könige und Herrscher nur punktuell diese Kanäle benutzten oder besetzten. Sowohl die Priester als Medienspezialisten wie auch die Könige als Mediennutzer haben die Medialität, die sowieso zwischen Menschen notwendig ist, weiterentwickelt. Sprache, Bilderwesen und Bauwesen kanalisieren rein technisch in allen Kulturen die Erkenntnisverhältnisse: die Wahrgebungen und die Wahrnehmungen. Die Frage ist, ob sie sie "nur" kanalisieren, d. h. orientieren und kultivieren, oder ob sie sie total programmieren und damit ein wesentliches Erkenntnismoment, die Überraschung, ausschließen.

RM: Trotzdem muß man sich angesichts medial-technischer Eskalationen fragen, welche Auswirkungen es für die Fundamente des Politischen und der Regierungsform Demokratie, auch des gesellschaftlichen Gedächtnisses, hat, wenn an die Stelle von Wort und Diskussion das Virtuelle, also die Macht der Bilder tritt?

WS: Wenn die Bilderausstrahlung tatsächlich quasi allmächtig würde, könnte sie vielleicht die Sprechkultur, die für Wissenschaft und für Politik konstitutiv ist, zerstören. Ja sie könnte vielleicht die Wahrnehmungsfähigkeit auf ihrer eigenen Dimension, nämlich das Sehen, durch totale Programmierung verstopfen. Sehen ist nämlich keineswegs wesentliches Bilder-Sehen. Sehen ist eine Fähigkeit, zu deren Kultivierung auch ein gewisses Mißtrauen gegen Bilder gehört. Dazu gibt es im Alten Testament und bei Platon bemerkenswerte Statements. Die Mediendiskussion ist also schon vor ein paar tausend Jahren eröffnet worden. Und für die gegenwärtigen Dramatisierungen der Medientheoretiker kann man wohl mehrere mögliche Quellen annehmen: tatsächliche Veränderungen im Mediensystem; eifernde Engagements für oder gegen Sprache oder Bild; theoretische Verwirrungen und Verabsolutierungen, wie sie seit dem *linguistic turn* (Allmacht der Sprache) üblich sind und nun auch gegen die Sprache gewendet werden; die vielen Bücher über das Ende des Buches sprechen da ihre eigene Sprache.

Die Medientheorien sind selbst zu einer verstärkenden Parallelmacht neben den Medien geworden - egal ob sie warnen oder jubeln. Auch den Wissenschaften fällt da Verantwortung zu. Ich selber mache daher nicht Medientheorie, sondern ganz altmodische Sachen wie "Physik des Sichtbaren". Dabei zeigt sich z. B., daß Transparenz zwar eine parataktische Vorbedingung (ein "Medium") des Sehens ist, sie selber aber in sich Unsichtbarkeit impliziert. Die übliche Postulierung von völliger Transparenz läuft auf die Herstellung von völliger Unsichtbarkeit hinaus. Die Unklarheit über die Bedingungen und die Formen von Sichtbarkeit ist sehr groß. In dieser Situation ist es geradezu verheerend, wenn sich viele, insbesondere avantgardistische Theoretiker, damit beschäftigen, die Möglichkeit des Sehens und überhaupt des Wahrnehmens wegzureden. So ein Wegreden kollaboriert wohl doch eher mit dem Schrumpfen der Wahrnehmungsfähigkeit und -bereitschaft. Hingegen finde ich, wie ich bereits anfangs angedeutet habe, bei manchen französischen Philosophen der Nachkriegszeit paradigmatische Wahrnehmungsleistungen am Werk: so bei Foucault, Serres, Barthes oder Deleuze, der sich sogar untersteht, als Philosoph Versuche in Richtung Physik zu machen. Anstatt Metaphysikspionage zu treiben, ist es heute notwendig, Physik zu

machen. Die Erkundung der physischen Erscheinungswelten ist weder den professionellen Physikern noch dem modischen Gerede von angeblich "immateriellen" Dingen zu überlassen.

RM: Nach dem berühmten Wort eines bekannten Devisenisten wird Macht genau demjenigen zugesprochen, der über den Ausnahmezustand befinden kann. Computertechnologie legt es heute nahe, diese Souveränität, in former times dem Fürsten, späterhin dem Nationalstaat zugehörig, Siliziumchips und deren Architekturen, also medial-technischen Dispositiven zuzusprechen, die die Verkehrs- und Kommunikationsverhältnisse zwischen Menschen, Staaten usw. regeln.

Welche Folgen hat das für den Bereich des Politischen, wenn sich sein "Sachgebiet, der Intensitätsgrad von Assoziationen und Dissoziationen", in den medial-technischen Kanäle abspielt? Muß nicht sowohl der Begriff der Macht, bislang repräsentiert und realisiert im Staat und seinen Institutionen, als auch das Feld des Politischen, das wir soeben zu skizzieren versucht haben, nicht völlig neu abgesteckt und überdacht werden?

WS: Architektur aus Silizium, also aus Stein, das ist wiederum grundsätzlich nichts Neues. Und Souveränität hat sich immer medientechnisch präsentiert. Die Frage ist, ob die Medientechnik selber die Souveränität erlangt hat, womöglich eine einheitliche und gesellschaftsumfassende Souveränität. Oder ob es noch Distanzen, Konkurrenzen zwischen Medienmacht und politischen Instanzen gibt.

Um wiederum das Vokabular von Dumézil heranzuziehen: es wäre möglich, daß die magische, die priesterliche Medienaktivität so stark ist, daß sie alles andere, was es nach herkömmlichen Vorstellungen geben muß - Politiker, Parteien, Wahlen, Parlamente in eigener Regie "herstellt". In den Ostblockländern hat man so etwas - byzantinisch-staatskirchlich - schon halbwegs zustandegebracht. Es ist dann doch irgendwie zusammengebrochen und man könnte sagen, die waren technisch nicht auf der Höhe. In Italien, das ebenso wie Deutschland nicht auf eine lange Staatskulturtradition zurückblicken kann, gibt es jetzt einen anderen Versuch in dieser Richtung. Da war es immerhin das juristische System (Rechtsempfinden, Richter), das eine durchökonomisierte Politikerklasse zu Fall gebracht hatte. Witzigerweise ist jetzt die Ökonomie *in persona* in die Spitze des politischen Systems eingetreten: die Ökonomie einschließlich der Medienindustrie, also die Personalunion aus Magie und Ökonomie besetzt den Platz der Politik. Reste des juristischen Systems leisten hinhaltenden Widerstand. Die Krieger fallen aus. Es gibt ja nur noch Rentner, d. h. Pazifisten.

RM: Dramatisieren wir einmal weiter. Nicht nur der Öffentlichkeitsbegriff, auch der Begriff Macht impliziert bekanntlich die Unterscheidung Sichtbarkeit/Unsichtbarkeit. Souverän war früher derjenige - ich denke jetzt an "The King's Two Bodies", aber auch an Macchiavellis "Il principe" und die Unterscheidung piazza (öffentlich) und palazzo (geheim) - , der über bestimmte Visibilitätsreserven verfügte, um seinen durch Profanisierung erlittenen Transzendenzverlust durch Sichtbarkeitsoptionen strategisch-taktisch kompensieren zu können.

In posthistorischen oder extrem ausdifferenzierten Gesellschaften könnte man jetzt vermuten, daß diese Souveränität der Visibilitätsreserve, d.h. zu zeigen und zu verbergen, zu selektieren und zu dramatisieren usw. den elektronischen Medien zugefallen ist, insofern sie die Sichtbarkeits/Unsichtbarkeitsbeziehung des Politischen neu regeln.

WS: Auch in der Politik Altägyptens, in der die Priester als offizielle Medienleute eine riesige Bedeutung hatten, wurde die Sichtbarkeits/Unsichtbarkeitsregie sehr souverän gehandhabt. Also so eine extreme Figuration von Medienmacht gab es schon...

RM: ...mit dem Unterschied, daß es sich in einer demokratischen Gesellschaft unter Beobachtung und Zustimmung der Akteure vollzieht!

WS: Die Rede von demokratischen Beobachtern, Zustimmungern und Akteuren suggeriert in der Tat den möglichen Ineinsfall von Demokratie und Diktatur, der von Platon und Schmitt gelegentlich ins Auge gefaßt wurde. Im Vergleich dazu erscheint das altägyptische System als relativ offen: es hat in der Zeit seines Bestandes die Beziehungen der Menschen zu Außenmächten wie zum Nil und zur Sonne einigermaßen gut kanalisiert und außerdem hat es - vielleicht unfreiwillig - an der Bildung eines anderen Gottes mitgewirkt. Das altägyptische System war also "außenpolitisch" orientiert und - erfolgreich - hat es sogar seine eigene Transzendierung hervorgebracht. Das 20. Jahrhundert hingegen hat schon mehrere Radikalsysteme hervorgebracht, die sich in wenigen Jahrzehnten als unhaltbar herausgestellt haben. Es ist wahr, daß sich dieses Jahrhundert ziemlich viel einbildet. Vielleicht ist es das Jahrhundert der Megaflops

EinStein, ZweiStein, viele Steine

RM: Megaflop hin oder her, um die Paranoia schließlich auf die Spitze zu treiben, könnte man sich weiter vorstellen, daß diese elektronischen Medien eine emergente Wirklichkeit schaffen, die sowohl die Unterscheidung zwischen als auch die Eigenständigkeit von Legislative, Judikative und Exekutive einziehen und eine neue magisch-juridische, politisch-technische Souveränität schaffen, die sowohl Gesetze erläßt, Recht spricht und zugleich ausführt. Somit entstünde ein hyperrealer polizeihafter Geist, der sich auf Digitalität stützt und Dumézils Trifunktionalität synthetisiert. Die "homogene und leere Zeit", von der ein berühmter Apokalyptiker sich faszinieren ließ, wäre wieder zu einer erfüllten, zur Jetztzeit geworden. Allgegenwart und Unmittelbarkeit, die Gleichzeitigkeit aller Zeitparameter und das Spiel des Zeigens und Verbergens, mithin Zeichen und Eigenschaften der Herrschaft Gottes, wären auf die Medien übergegangen. "Aufstieg der Metropolitik" (die sich nicht mehr im Raum, sondern in einer "zeitlosen Gegenwart" abspielt), Ende der Politik und der Demokratie - diese Dinge hat Paul Virilio ganz offensichtlich vor Augen, wenn er unter dem Eindruck der "Machtergreifung" eines gewissen Berlusconi den Freund/Feind (links/rechts) Gegensatz in Richtung Medien/Technik und Politik verschiebt. Als Problem bliebe schließlich dann nur noch, wer der Katechont sein könnte, der die Barbarei der Medien, diesen medialen Ausnahmezustand stillstellt, aufhält, beendet oder vernichtet. Philosophen, Priester, Berserker, Ludditen, Titanen, Krieger...? Und das könnte unter Umständen tatsächlich bedeuten: Rückkehr des Politischen in seiner nacktesten Gestalt, die Frage nach dem Politischen neu stellen.

WS: Dieses durchkonstruierte Modell wäre die Allmacht der Medien. Der Unterschied zwischen Medien und Politik würde zwar noch gespielt. Aber tatsächlich gäbe es nur die von den Medien gespielte Politik. Dies läßt sich immerhin denken, da Politik immer eine spezifische Nähe zum Medienbetrieb hatte.

Aber wie steht es mit der Fruchtbarkeit, mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen und Befriedigungen? Lassen die sich auch "medial" erledigen? Oder liegt da ein Störungspotential für die totale Medienmaschine? Ist die Abhängigkeit der Menschen von der Natur geeignet, die Menschen zum Kampf um den Zugang zur Natur zu bewegen? Karl Marx sah hier sehr

wohl die Quelle von Kriegen. Oder ist heute auch die Fruchtbarkeitsfunktion technologisch-autogenetisch zu realisieren? Meines Erachtens ist die Abhängigkeit des Menschen von der Natur zwar zu verschieben und zu verändern, aber nicht aufzuheben.

RM: Ich denke schon, wie die Reproduktionstechnologien ja auch zeigen. Streifen wir aber noch einmal Dumézils zweite Funktion, den Krieg. Auch der Krieg beginnt sich mit der vernetzten Computer-Hegemonie zu wandeln. Krieg ist nicht mehr ein bloßer Akt der Gewalt, das allerletzte Mittel, um den Gegner zur Erfüllung eines Willens zu zwingen, sondern eine weltumspannende Technopolitik geworden, die die informationelle Vorherrschaft zum Ziel hat. An die Stelle einer realen Besetzung des Territoriums des Feindes und seine kulturell-juridische Kolonisierung, tritt die totale Technizität der Macht, d. h. Luft- und Bodenräume werden informationell besetzt, es wird nur noch beobachtet, gescannt, kontrolliert und dann, wenn nötig, zugeschlagen, exemplarisch vorgeführt am bereits wieder vergessenen Golfkrieg, der bekanntlich ein Weltkrieg war.

WS: Sie sprechen jetzt vom zweiten Akt des Golfkrieges. Der erste Akt desselben hat sich ganz anders abgespielt. Und noch anderer, noch altmodischer geht es jetzt auf dem Balkan zu. Das 20. Jahrhundert hat tatsächlich auch neue Kriegsformen entwickelt: extrem mörderische und extrem kühle. Hauptsächlich wollte es mit dem Krieg Schluß machen - und das ist ihm bestimmt mißlungen. Die Bilanz ist also nicht die Abschaffung des Krieges, wohl aber der Verfall der Kriegskunst.

Diese Feststellung schützt zwar überhaupt nicht vor dem Ausbruch von neuen Kriegen ungeahnten Ausmaßes. Kriegen zwischen Kontinenten, Zivilisationen, Religionen. Das 20. Jahrhundert wollte nämlich auch die Religionen abschaffen. Auch das ist ihm nicht gelungen. Wohl aber ist es ihm gelungen, die Religionskultur zu senken. Diese Senkung nennt man entweder Atheismus oder Fundamentalismus.

Wenn Sie mich also fragen, worauf ich eine "Hoffnung" setze, eine "Katechonten-Hoffnung", dann würde ich weder Kriege nennen noch Religionen. Aber vielleicht etwas aus dem Objektbereich von Religion oder vielmehr aus dem Objektbereich der Physik. Die Instanz, die das Medienmachtmonopol zum Einsturz bringen könnte, ist der Stromausfall. Beim Stromausfall sind wir wieder bei der Kosmologie, d. h. bei den Dingen, Erdbeben, Hochwasser, Kometen usw., bei den Außenmächten, von denen bislang die Aufrechterhaltung des Medienbetriebs völlig abhängt. Steine, Wasser, Sonne, Mond, Sterne sind meines Erachtens der äußerste und letzte Katechon. Die vier Elemente sind der Katechon. Sie sind mit eigener Mächtigkeit ausgestattet. Die Steinzeit ist nicht vorbei. Steine sind nach wie vor Mächte, die wir benützen, und die da sind. Die Kugel, auf der wir wohnen, ist eine Steinkruste über geschmolzenem Stein. Mein Begriff des Politischen hat auch diese Katechon-Funktion. Er hält am außenpolitischen Begriff des Politischen fest, d.h. es gibt zueinander fremde Mächte, zuletzt das Sonnensystem, von dem der Stromkreislauf der Medien abhängt. An diesem physikalischen Begriff, von dem die "Menschenfassungen" und alle anderen Materialitäten abhängen, halte ich fest. Einstein hat das Glück, aber auch das Pech gehabt, mit seinem Namen das Programm für die Allmacht geliefert zu haben, nämlich EinStein. "Meine" Physik, die aristotelische, behauptet, daß es mehr als einen Stein gibt. Es gibt immer noch einen Stein außerhalb. Meine äußerste Hoffnung setze ich auf diesen Stein.

RM: Dann glauben sie also an die Erbsünde?

WS: Wieso soll ich an die Erbsünde glauben? An die glaube ich vielleicht, aber das ist nicht der Punkt. Ich glaube an einen anderen Stein. Ich meine das ganz physikalisch. Selbst wenn

ein Stein das Silizium für die Medienmaschine liefert, gibt es immer noch einen anderen Stein. Meine letzte katechontische Hoffnung setze ich auf irgendeinen anderen Stein. Ich gehöre nicht zu denen, die gern vom Anderen mit großem A schwärmen. Ich halte mich an Tatsachen, die mir zeigen, daß es anderes gibt und nicht bloß Eines. Und daß wir mit anderem zu leben haben. Es gibt nicht bloß unsereinen, sondern auch den Staat. Es gibt nicht bloß einen Staat, sondern noch einen. Es gibt nicht bloß Menschen und Staaten, sondern auch einen Stein und noch einen. Der katechontische Stein muß sich nicht außerhalb der Erdkugel befinden. Er kann auch hier sein, mitten unter uns, irgendein Stein, Sandkorn oder Bleistift. Wo sich diese Gegensteine befinden, zwischen oder neben den Siliziumarchitekturen, kann niemand sagen. Damit bin ich wieder beim Solitär. Widerspenstige Steine im Sinne des Kriegers können durchaus analytisch, katalysatorisch wirken und neue Situationen schaffen. Ich will damit sagen, daß sogar Menschen, daß sogar Intellektuelle, die Rolle eines derartigen katechontischen Steins oder Sandkorns oder Zeichenstifts übernehmen können. Auch aus Menschen kann etwas werden.

RM: Sehen Sie darin Ihre politisch-intellektuelle Aufgabe? Fühlen Sie sich als ein solcher Gegenstein und Krieger, der die Katastrophe aufhält und die Zukunft ankommen läßt?

WS: Hier kommen wir in das Gebiet der Überstilisierungen. Wir haben vom Solitär gesprochen, in dem sowohl der Stein als auch die Geschliffenheit zusammentreffen. Ich würde vorläufig das für meine beste Selbststilisierung halten.

Gespräch mit Walter Seitter in Wien